



Maria Springenberg-Eich

Münster, 29. Oktober 2019

Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Individuelle Verantwortung als Grundlage jeder Demokratie

Rede anlässlich der Tagung

„Ein Vierteljahrhundert nach Christopher Brownings ‚Ordinary Men‘ –
Perspektiven der neuen Polizei-Täterforschung und der Holocaust-Ver-
mittlung“

I.

Christopher Browning hat sein Buch zu den „Ordinary Men“ dem Pionier der Holocaustforschung Raul Hilberg gewidmet. Hilberg hat wiederholt festgestellt, dass der Holocaust von einem „Querschnitt der deutschen Bevölkerung“ ins Werk gesetzt worden ist.

Christopher Browning hat erforscht, was das genau für das Handeln und die Entscheidungen von „ganz normalen Männern“ bedeutet.

Mit dem Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion haben Ordnungspolizisten in Polen und den Besetzten Gebieten der Sowjet-Union eigenhändig hunderttausende von jüdischen Menschen erschossen und weitere hunderttausende in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten deportiert. Für die Ordnungspolizisten war in der Weimarer Republik der Slogan „Dein Freund und Helfer“ erfunden worden.

Seit der Veröffentlichung von „Ordinary Men“ wissen wir deutlich mehr darüber, wie aus ganz normalen Männern Massenmörder werden konnten. Die Erforschung des Polizeibataillon 101 hat auch gezeigt, dass die Ordnungspolizisten nicht alle gleich – nach dem Muster von Befehl und Gehorsam - gehandelt haben. Diese Erkenntnis macht die Studie so wichtig für die Weiterentwicklung einer demokratischen politischen Bildung (Civic Education) und die politische historische Bildung allgemein.

Die meisten Polizisten haben getan, was von Ihnen verlangt oder erwartet wurde. Aber einige haben sich geweigert zu morden oder haben versucht sich zu entziehen. Viele haben eigeninitiativ gehandelt, in einem verbrecherischen Sinne weit mehr geleistet als man von ihnen verlangt hatte.

Die neuere Forschung zu NS-Tätern hat in vielen Einzelstudien - diese Grundmuster immer wieder bestätigt. Sich weigern, Versuche, sich zu entziehen oder Anweisungen zu unterlaufen, haben in aller Regel das Morden und die Verbrechen nicht aufhalten können. In einigen Fällen konnten dadurch Leben Einzelner gerettet werden. Selten wurde die Eskalation der Gewalt und die Dynamik des Tötens verlangsamt.

Entgegen dem oft bemühten ‚Befehlsnotstand‘ sind erstaunlich wenige ‚Verweigerer‘ ernsthaft belangt worden. Das heißt natürlich nicht, dass Menschen, die sich entzogen, keine Risiken eingingen. Je stärker Verweigerung als widerständig wahrgenommen wurde, umso größer war das Risiko. Wirklicher Widerstand war selten.

Eigeninitiatives Handeln hatte in vielen Fällen einen entscheidenden Anteil für das Durchsetzen der Verbrechen und der Morde des Nationalsozialismus. Es trug erheblich zur Radikalisierung von Ausbeutung, Raub, Verfolgung und Mord im NS-Regime bei.

Initiativen von unten hatten einen Anteil am Holocaust und den anderen Verbrechen des NS-Regimes. Aber es handelt sich hier nicht um einen verrohten Pöbel, dessen primitive Eigenschaften vom Regime mobilisiert wurden. Vielmehr handelt es sich um ein soziales Verhältnis, das Bürokratien und anderen hierarchischen Organisationen eigen ist. Eigeninitiatives Handeln in hierarchischen Organisationen ist in der Regel durch vorauseilendes Gehorsam motiviert, der unterstellte oder tatsächliche Wünsche von Vorgesetzten antizipiert. Er durchzieht alle Stufen einer hierarchischen Organisation.

Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung haben auf diese Weise aktiv zu der Eskalation von Raub, Verfolgung, Gewalt und Mord durch das Regime beigetragen.

II.

Für uns als Vertreter öffentlich verantworteter politischer Bildung ist daran wichtig: Selbst unter extremen, totalitären Bedingungen haben Menschen verschieden gehandelt und unterschiedlich entschieden! Das bedeutet: Selbst im Nationalsozialismus gab es Handlungsspielräume und damit individuelle Verantwortung.

Individuelle Verantwortung ist eine Grundlage jeder Demokratie. Aber was macht den Unterschied? Vorseilender Gehorsam ist in allen Bürokratien anzutreffen, damit auch in Demokratien weit verbreitet.

Unter den rechtstaatlichen Verhältnissen einer Demokratie kann sich jeder Soldat, Polizist, jedes Mitglied einer hierarchischen Organisation nicht nur gegen offensichtliches Unrecht beschweren, sondern kann dieses auch öffentlich machen, in der Organisation und außerhalb. Man kann nicht unbedingt erwarten, dass man sich damit beliebt macht. In vielen Fällen verlangt solches Handeln Zivilcourage und das heißt: Die Bereitschaft, Nachteile in Kauf zu nehmen! Aber unter rechtstaatlichen Verhältnissen muss niemand um Leib und Leben fürchten!

Rechtsstaatlichkeit heißt vor zuerst: Jeder Mensch hat Rechte! Was im Holocaust endete, begann im Deutschen Reich damit, dass den Juden ihre bürgerlichen Rechte genommen wurden. Beim Überfall auf die Sowjet-Union war allen deutschen Soldaten und jedem deutschen Polizisten klar, dass sowjetische Juden rechtlos waren!

III.

Die Reflexion der eigenen Handlungsvoraussetzungen und die Übernahme von Verantwortung für die Konsequenzen eigener Verantwortung sind essenziell für die Demokratie.

Demokratien sind auch auf „Eigeninitiative“ und „Initiativen von unten“ angewiesen. Aber Eigeninitiative ist kein Wert an sich. Sie muss verbunden sein mit Reflexion und Verantwortung.

Angeregt von Christopher Brownings Untersuchung zu den „ganz normalen Männern“ der Polizeibataillone hat sich eine Gedenkstättenarbeit ohne moralischen Zeigefinger entwickelt.

Aus der genauen und intensiven Auseinandersetzung mit dem historischen Material ergeben sich Fragen zu Entscheidungsspielräumen und Verantwortung.

Ich bin mir sicher, dass diese Fragen und Debatten auch im 21. Jahrhundert einen wichtigen Beitrag zu einem reflexiven Demokratieverständnis leisten können.